

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **14 (1934-1935)**

Heft 5

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Politische Rundschau

Von kommenden Auseinandersetzungen.

Deutschland und Frankreich. / Schraube ohne Ende in Oesterreich. /
Japan und Rußland.

Der Kurs Barthou in der französischen Außenpolitik wird früher oder später und zwar wahrscheinlich eher früher als später das gesamte deutsch-französische Verhältnis von Grund aus aufrollen. Dabei spielt die Eigenart Barthous insofern eine bedeutende Rolle, als seine unternehmungslustige Schärfe wohl diese auf die Dauer unaufschiebbare Auseinandersetzung beschleunigen wird. Im übrigen folgt Barthou den längst bekannten Bahnen der französischen Außenpolitik, die vielfach durch eine Überlieferung von Jahrhunderten unverrückbar deutlich gewiesen sind. Gerade das aber wird in absehbarer Zeit Frankreich dazu zwingen, sein Verhältnis zu Deutschland zu klären.

Der Zwang zu dieser Klärung wird von der Tatsache ausgehen, daß Deutschland seit der Machtergreifung Hitlers das 1919 in Versailles geschaffene Verhältnis zwischen den beiden Staaten nicht mehr anerkennt und mit allen Kräften an der Schaffung eines neuen Verhältnisses mit seinem westlichen Nachbar arbeitet. Das geschieht nicht in irgendwelchen Verhandlungen mit Frankreich oder gar in öffentlichen Reibereien, es geschieht einfach dadurch, daß Deutschland alle seine innern Kräfte zusammenfaßt und für den Staatsaufbau einsetzt. Die Zusammenfassung und Disziplinierung der Massen in den verschiedenen Parteitruppen der Nationalsozialisten und im Arbeitsdienst ist eine Äußerung dieser Bestrebungen. Die deutsche Aufrüstung, über die niemand Genaueres weiß, ist wohl ihr wichtigster Teil. Durch all das soll das Gewicht Deutschlands verstärkt werden, soll dem Deutschen Reiche wenigstens ein Teil der tatsächlichen Macht wieder gegeben werden, die es nach seiner Größe verkörpern könnte.

Damit aber verschiebt sich ohne weiteres das Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich. Es ist ja von der französischen Politik im Jahre 1919 dahin festgelegt worden, daß das Deutsche Reich in Zukunft die Rolle des geschorenen Simson zu spielen habe. Und Frankreich hat seit 1919 an dieser Haltung festgehalten, wenn es auch seit den Tagen von Locarno in der Form mancherlei Zugeständnisse gemacht hat. Aber an den beherrschenden Tatsachen der völligen französischen Übermacht, wie sie einerseits Frankreichs gewaltige und sorgfältig gepflegte Kriegsrüstung, andererseits das französische Bündnisystem im Osten und auf der dritten Seite die völlige Wehrlosigkeit des Deutschen Reiches verbürgten, an all dem hat auch Briand festgehalten. Heute ist eine dieser Grundsäulen des französischen Machtsystems zweifelhaft geworden: die deutsche Wehrlosigkeit. Zwar ist anzunehmen, daß auch heute die deutschen Machtmittel zu denen Frankreichs in einem starken Mißverhältnis stehen, aber eine gewisse Unsicherheit darüber, ob Deutschland vollkommen machtlos ist, ist zweifellos vorhanden und zwar berechtigtermaßen vorhanden. Und diese Erscheinung wird sich mit fortschreitender Zeit nicht abschwächen, sondern sie wird zunehmen.

Nun steht Frankreich vor der Wahl, ob es dieser Entwicklung zusehen will oder nicht. Diese Wahl ist nicht leicht, und man ist in Frankreich durchaus geteilter Meinung darüber. Offen wird die Meinung vertreten, ein Präventivkrieg sei das Vorteilhafteste und könnte nicht nur jede Wiederherstellung der deutschen Machtstellung verhindern, sondern durch die Zerschlagung der deutschen Einheit überhaupt für absehbare Zeit jede deutsche Gefahr für Frankreich bannen. Noch sind aber offenbar jene Kreise zahlreicher, die vorläufig abwarten möchten. Sie

können einmal darauf hinweisen, daß es durchaus nicht sicher ist, daß ein Krieg gegen Deutschland nicht schwere, bisher ungeahnte Gefahren bringen und große Opfer erfordern könnte. Sie weisen aber vor allem darauf hin, daß man einstweilen der deutschen Entwicklung noch ruhig zusehen dürfe, da dort neben Aktivposten auch so viele Passiven vorhanden seien, daß über das Endergebnis noch starke Zweifel bestehen müßten. Daß diese Meinung angesichts der internationalen Lage des Deutschen Reiches und angesichts der enormen wirtschaftlichen und innerpolitischen Schwierigkeiten der deutschen Regierung mancherlei für sich hat, läßt sich nicht bestreiten. Sie hat auch bisher offenbar in Paris die Oberhand behalten: Bevor man zu einer immerhin kostspieligen Gewaltlösung schreitet, will man zunächst noch zusehen, was sich im brodelnden Kessel Deutschlands herausbildet.

Dieser Zustand ist aber immerhin unsicher, denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß überall in Frankreich die feste Entschlossenheit besteht, die überragende Stellung Frankreichs zu wahren. Und nun kommt rasch die große Klippe der Saarfrage heran! Hier wird wieder einmal eine tatsächliche und weit reichende Entscheidung über das deutsch-französische Verhältnis fallen.

Wie wird sie fallen? Leider besteht keine große Hoffnung, daß es hier wirklich zu einer deutsch-französischen Einigung kommen wird. Und doch ist das ohne jeden Zweifel die Lösung, die für die beiden Beteiligten und für das ganze Europa die einzig richtige wäre. So treiben wir eben auch hier blind den kommenden Auseinandersetzungen entgegen.

* * *

Genau den gleichen Eindruck hat man von der Gesamtentwicklung in Osterreich. Durch zwei schwere Krisen ist das arme Land schon hindurchgegangen und scheint man mit allen Mitteln weitzern und natürlich noch schärfern Auseinandersetzungen zuzustreben.

Denn eines haben die Ereignisse des Februars und des 28. Juli ja mit aller Deutlichkeit ergeben: Es stehen sich in Osterreich große Lager gegenüber, und allseits sind die Leute zum Äußersten entschlossen. Die Sozialisten sind trotz der schweren Schläge und der Zerschlagung ihrer Organisation noch vorhanden. Die Nationalsozialisten haben gezeigt, daß sie es zwar nicht verstehen, eine richtige Revolution durchzuführen, daß sie aber in allen Teilen und in allen Kreisen des Staates in Massen vertreten sind. Da nur in einigen Bundesländern gekämpft worden ist, so wird auch die nationalsozialistische Organisation kaum tödlich getroffen sein. So stehen die innerpolitischen Gegner der gegenwärtigen österreichischen Regierung eben immer noch da und zwar in solchen Massen, daß einfach mit ihnen gerechnet werden muß.

Und was tut dem gegenüber die Regierung? Sie hängt! Die österreichischen Todesurteile, die langsam auf einander folgen und mit aller Bedachtsamkeit durchgeführt werden, sind ihrer ganzen Form nach etwas vom Unglaublichsten, was der politische Kampf in Europa in den letzten Jahren zu Tage gefördert hat. Sie müssen mit ihrer kalten Berechnung die politischen Gegner bis aufs Blut reizen und alle gewalttätigen Instinkte bei ihnen aufpeitschen. Und genau in derselben Richtung arbeitet die gesamte sonstige österreichische Regierungspolitik. Planmäßig werden die politischen Gegner zu Grunde gerichtet und zwar nicht nur wegen irgend einer aktiven Betätigung gegen die jetzige Regierungsmacht, sondern auch ganz einfach wegen ihrer politischen Gesinnung. Man wirft sie aus allen vom Staate irgendwie abhängigen Stellungen heraus. Man macht den Angehörigen der freien Berufe die Ausübung dieses Berufes unmöglich. Man ruiniert diejenigen, die noch Vermögen besitzen, durch enorme Geldstrafen. Man wirft selbst die Arbeitnehmer in privaten Betrieben durch Druck auf die Geschäftsleitungen auf die Straße. Dazu hat man Zehntausende eingesperrt und hält sie im Gefängnis, in Konzentrationslagern und in Rotarresten durch Monate hindurch ge-

fangen. So werden fortlaufend Tausende und Tausende von Existenzen vernichtet und gleichzeitig noch durch alle möglichen Quälereien bis aufs Blut gereizt.

Was soll da herauskommen? Die innern Verhältnisse im Lande werden immer mehr zerrüttet. Alle moralischen Begriffe verlieren ihren Wert. Alle Leidenschaften werden aufgewühlt. Zehntausende von Flüchtlingen aus allen Schichten der Bevölkerung weilen im Deutschen Reiche. Tausende sitzen in Südslawien. Und es wird nicht lange dauern, so müssen Tausende von Familien, um sich vor dem Verhungern zu retten, irgendwie das Land verlassen. In solcher Lage ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß Leute, die nichts mehr zu verlieren haben, von sich aus zur Gewalt greifen. Es wird zu nutzlosen Racheakten kommen, die zu einer Schraube ohne Ende werden können.

Dabei sieht man einstweilen keinen Ausweg aus dieser festgefahrenen Lage. Die einzige Persönlichkeit, die infolge ihrer etwas weichen Art und zugleich ihres guten Willens noch die Möglichkeit besessen hätte, einen vermittelnden Weg zu gehen, ist mit Dollfuß verschwunden. Jetzt sitzen in der österreichischen Regierung nur noch die reinen Parteimänner, die über kurz oder lang untereinander auch wieder um die Führung streiten werden. Und hinter ihnen stehen die ausländischen Mächte, die eigentlich befehlen und die nun auch wieder zu zahlen haben. Für sie ist Osterreich nur ein Mittel zum Zweck, das sie rücksichtslos ausnützen und in immer neue Verwicklungen hegen. Die Beche aber bezahlt das österreichische Volk, mit dem man nur aufrichtiges Bedauern haben kann.

* * *

Mottet es so in Europa an den verschiedensten Stellen bedenklich, so sieht man in Ostasien heute bereits das Feuer. Die Entwicklung ist dort unten durchaus folgerichtig. Dabei ist ohne Zweifel Japan der Teil, in dessen Hand die Entscheidung liegt. Rußland betreibt auch in Ostasien natürlich seine kommunistische Werbe- und Wühlarbeit, die überall merkbar und doch nirgends recht faßbar ist. Dem gegenüber ist die japanische Militärpartei sicher zum Äußersten entschlossen. Sie kann aber den Zeitpunkt zum Losschlagen ruhig abwarten und wird das tun. Daran können die europäischen Mächte so wenig etwas ändern, wie sie das bei der üblen Behandlung Chinas haben tun können. Man fühlt auch überall die Nervosität über diese Lage, in der man untätig zusehen muß. In London, in Paris und in Washington ist man am nächsten betroffen. Für alle drei Länder stehen in Ostasien große Interessen auf dem Spiel. So werden die ostasiatischen Ereignisse auch auf Europa ihre starke Rückwirkung haben. Dazu kommt nun noch die wohl bevorstehende Aufnahme Rußlands in den Völkerbund und das neuerdings so enge Zusammengehen von Rußland und Frankreich. Das alles macht die Gewitterschwüle im fernen Osten auch für Europa sehr bemerkbar. Kommt die Auseinandersetzung aber dort wirklich in Gang, so kann sie leicht alle europäischen Ereignisse überschatten und entscheidend beeinflussen.

Marau, den 26. August 1934.

S e k t o r A m m a n n.

Wehrpolitische Rundschau

Ausbau der Landesverteidigung.

Noch ist der Bundesbeschluß über die Ergänzung der Bewaffnung und Ausrüstung der Armee (82 Millionen-Kredit) zu frisch, um auch nur in einigen Punkten schon ausgeführt zu sein, und schon liegen bereits wieder neue Wehrevorlagen vor